

**Besprechung der
Regierungschefs der norddeutschen Länder
(Konferenz Norddeutschland)**

**am 10. April 2013
in Bremen**

Ergebnisprotokoll

**Besprechung der
Regierungschefs der norddeutschen Länder
(Konferenz Norddeutschland)**

**am 10. April 2013
in Bremen**

Tagesordnung

- TOP 1 Norddeutsche Energiepolitik**
(Federführung: Bremen und Hamburg)
- TOP 2 Finanzielle Unterstützung für die Maritime Industrie sowie für die Häfen und Schiffe für den Ausbau der Offshore-Windenergie**
(Federführung Mecklenburg-Vorpommern)
- TOP 3 Norddeutsche Verkehrsinfrastrukturprojekte**
- TOP 3.1 Vorbereitung des Gespräches mit dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
(Federführung: Hamburg)
- TOP 3.2 Nord-Ostsee-Kanal
(Federführung: Schleswig-Holstein)
- TOP 4 Verwendung der Mittel des Sonderrahmenplanes Küstenschutz**
(Federführung: Bremen)
- TOP 5 Verschiedenes**
- TOP 5.1 Hafenkooperation
(Federführung: Bremen)
- TOP 5.2 Regelungen zu den Hafendienstleistungen (port package) im Entwurf einer EU-Konzessionsrichtlinie
(Federführung: Niedersachsen)
- TOP 5.3 Übergabe des KND-Vorsitzes an Hamburg
- TOP 5.4 Gespräch der Konferenz Norddeutschland mit den Gewerkschaften
(Federführung Hamburg)

**Besprechung der
Regierungschefs der norddeutschen Länder
(Konferenz Norddeutschland)**

**am 10. April 2013
in Bremen**

TOP 1 Norddeutsche Energiepolitik

- 1) Die Konferenz Norddeutschland (KND) bekräftigt die Inhalte der „Gemeinsamen Erklärung der Regierungschefs der norddeutschen Länder zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Weiterentwicklung des EEG“ (Positionspapier).
- 2) Die Konferenz Norddeutschland (KND) bittet die Chefs der Staats- bzw. Senatskanzleien der norddeutschen Länder, unter Beteiligung Dritter eine gemeinsame Position für die Diskussion zur Weiterentwicklung des EEG zu erarbeiten.

**Besprechung der
Regierungschefs der norddeutschen Länder
(Konferenz Norddeutschland)**

**am 10. April 2013
in Bremen**

**TOP 2 Finanzielle Unterstützung für die Maritime Industrie sowie für
die Häfen und Schiffe für den Ausbau der Offshore-Windenergie**

- 1) Die KND stellt fest, dass sich die deutschen Werften weiterhin in einer schwierigen internationalen Wettbewerbssituation befinden. Dabei stellt nach wie vor die Finanzierung neuer Aufträge das größte Problem für die Werften dar. Zudem stehen ihnen immer weniger Banken mit spezieller Schiffbauerschaft zur Seite, da sich eine Reihe von deutschen Banken weitgehend aus der Schiffbaufinanzierung zurückgezogen haben. In einer solchen Situation braucht die Maritime Industrie die gemeinsame Unterstützung von Bund und Ländern, insbesondere für die Bereitstellung gemeinsamer Bürgschaftsinstrumente von Bund und Ländern. Die KND nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass das Bundeswirtschaftsministerium jedoch, wie zuletzt geschehen auf der 8. Maritimen Konferenz in Kiel, keinerlei Anstrengungen unternimmt, seiner Verantwortung für die Bereitstellung gemeinsamer Finanzierungsinstrumente nachzukommen. Die KND fordert die Bundesregierung deshalb auf, mit den norddeutschen Ländern umgehend in Verhandlungen über Finanzierungsinstrumente wie Bürgschaften und Hilfen bei der Bauzeitfinanzierung einzutreten.
- 2) Die Unterstützung der Werften und Häfen ist insbesondere auch für das Gelingen der Energiewende notwendig. Die Energiewende ist eine nationale Aufgabe; deshalb ist die

Unterstützung durch den Bund beim Ausbau der Hafeninfrastruktur und für den notwendigen Spezial-Schiffbau unumgänglich. Die im Beschluss der KND vom 15. März 2012 dargestellten Probleme bestehen nach wie vor und verursachen Verzögerungen und Mehrkosten beim Offshore-Windenergieausbau.

- 3) Die KND fordert die Bundesregierung erneut auf, zusätzlich zu dem bestehenden KfW-Programm „Offshore-Windenergie“ geeignete Finanzierungsinstrumente für die Finanzierung von Häfen und Schiffen für den Ausbau der Offshore-Windenergie aufzulegen. Neben Errichterschiffen sollten auch Basis- und Servicehäfen durch solche Finanzierungshilfen finanziert werden können. Sie sollten auch die Bauzeitfinanzierung von Offshore-Spezialschiffen umfassen.
- 4) Der Bund ist rechtlich nicht gehindert, durch Finanzhilfen die Schaffung der erforderlichen Infrastruktur in den Seehäfen zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere dann, wenn er die Finanzierung für die durch die Energiewende verursachten spezifischen zusätzlichen Kosten des Hafenausbaus übernimmt.
- 5) Die KND fordert die Bundesregierung auf, umgehend gemeinsam mit den norddeutschen Ländern und zuständigen Bundesministerien Lösungsvorschläge für die finanzielle Unterstützung der deutschen Werften und Häfen zu entwickeln, da die maritime Wirtschaft nicht nur für den Norden, sondern für ganz Deutschland von herausragender Bedeutung ist.

**Besprechung der
Regierungschefs der norddeutschen Länder
(Konferenz Norddeutschland)**

**am 10. April 2013
in Bremen**

TOP 3 Norddeutsche Verkehrsinfrastrukturprojekte

**TOP 3.1 Vorbereitung des Gespräches mit dem Bundesminister für
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

- 1) Die KND verweist auf den Beschluss der Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister/-senatoren der norddeutschen Küstenländer vom 24. September 2012 und fordert den Bund auf, den Anforderungen des Seehafen-hinterlandverkehrs im Bundesverkehrswegeplan 2015 gerecht zu werden und die Länder eng in die Erarbeitung der methodischen Grundlagen für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans (Seeverkehrsprognose, Gesamt-verkehrsprognose, Bewertungsmethodik) einzubinden.
- 2) Die KND bittet den Bund weiterhin, im Rahmen der Prognosezahlen auch die Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Hafenstandortes Deutschland zu berücksichtigen.
- 3) Die KND bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Hinblick auf das am 04.07.2013 geplante Gespräch mit Herrn Bundesminister Dr. Ramsauer um rechtzeitige Vorlage einer aktuellen Sachstandsdarstellung zu den Projekten der sog. „Ahrensburger Liste“ (letzter Stand Januar 2011).

Besprechung der Regierungschefs der norddeutschen Länder (Konferenz Norddeutschland)

**am 10. April 2013
in Bremen**

TOP 3 Norddeutsche Verkehrsinfrastrukturprojekte

TOP 3.2 Nord-Ostsee-Kanal

Die KND fordert den Bund auf, seiner Verantwortung für den Ausbau und den Erhalt des Nord-Ostsee-Kanals nachzukommen. Hierzu erwartet die KND, dass

- 1) der Beginn der zwingend erforderlichen Ausbaumaßnahmen des NOK als Internationale Wasserstraße parallel zum Bau der 5. Schleuse Brunsbüttel in Angriff genommen wird,
- 2) ein Sonderprogramm in Höhe von 1 % des Verkehrsinvestitionsetats des BMVBS entsprechend einem Betrag von 100 Mio. € p. a. für einen Zeitraum von etwa 13 Jahren zusätzlich aufgelegt wird,
- 3) ein Masterplan für Sanierung und Ausbau erstellt wird und
- 4) das Vorhaben mit dem gebotenen Nachdruck prioritär verfolgt wird.

Die Regierungschefs der norddeutschen Länder unterstützen das Vorhaben von Schleswig-Holstein im Nachgang der 8. Maritimen Konferenz (08./09.04.2013), ein gemeinsames Schreiben an die Bundeskanzlerin zu übersenden, in dem die beschlossenen Forderungen enthalten sind.

**Besprechung der
Regierungschefs der norddeutschen Länder
(Konferenz Norddeutschland)**

**am 10. April 2013
in Bremen**

TOP 4 Verwendung der Mittel des Sonderrahmenplanes Küstenschutz

- 1) Die Konferenz Norddeutschland (KND) nimmt den Bericht Bremens zur Kenntnis.
- 2) Die KND nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass die laufenden Verhandlungen über die Ausstattung der EU-Förderprogramme ab 2014 derzeit keine ausreichende Mittelausstattung für den Küstenschutz erwarten lassen. Sie bittet das federführende Land Bremen, in Abstimmung mit den Küstenländern die Bundesregierung nachdrücklich zu bitten, eine angemessene Finanzausstattung des Küstenschutzes sicherzustellen und anknüpfend an den Briefwechsel aus 2008 in einen erneuten Dialog mit den Küstenländern einzutreten.
- 3) Die KND bittet Bremen federführend für die norddeutschen Länder zeitnah nach Vorlage der Partnerschaftsvereinbarungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten (voraussichtlich Anfang 2014) die Höhe der für Küstenschutzmaßnahmen voraussichtlich zur Verfügung stehenden Mittel zusammenzustellen und etwaige Finanzierungslücken aufzuzeigen.

**Besprechung der
Regierungschefs der norddeutschen Länder
(Konferenz Norddeutschland)**

**am 10. April 2013
in Bremen**

TOP 5 Verschiedenes

TOP 5.1. Hafenkooperation

Die Konferenz Norddeutschland nimmt den mündlichen Bericht Bremens zum Sachstand der norddeutschen Hafenkooperation zur Kenntnis.

**Besprechung der
Regierungschefs der norddeutschen Länder
(Konferenz Norddeutschland)**

**am 10. April 2013
in Bremen**

TOP 5 Verschiedenes

**TOP 5.2 Regelungen zu den Hafendienstleistungen (port package) im
Entwurf einer EU-Konzessionsrichtlinie**

Die Konferenz Norddeutschland nimmt den mündlichen Bericht Niedersachsens zum aktuellen EU-Konzessionsverfahren zur Kenntnis.

Die Konferenz Norddeutschland verständigt sich darauf, den laufenden Prozess weiter kritisch zu beobachten, um zu gegebener Zeit mit geeigneten Maßnahmen denkbaren Vorhaben der EU-Kommission, die Hafendienstleistungen zu liberalisieren, zu begegnen.

**Besprechung der
Regierungschefs der norddeutschen Länder
(Konferenz Norddeutschland)**

**am 10. April 2013
in Bremen**

TOP 5 Verschiedenes

TOP 5.3 Übergabe des KND-Vorsitzes an Hamburg

Der Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen übergibt turnusgemäß den Vorsitz der Konferenz Norddeutschland an den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

**Besprechung der
Regierungschefs der norddeutschen Länder
(Konferenz Norddeutschland)**

**am 10. April 2013
in Bremen**

TOP 5 Verschiedenes

TOP 5.4 Gespräch der Konferenz Norddeutschland mit den Gewerkschaften

Die Regierungschefs der norddeutschen Länder sind sich einig, ein gemeinsames Treffen mit den Gewerkschaften zu vereinbaren. Der Meinungsaustausch soll nicht im Rahmen der nächsten Sitzung der Konferenz Norddeutschland geführt werden. Hamburg wird gebeten, einen Termin im Laufe des Vorsitzjahres mit den Gewerkschaften abzustimmen.